

Wie der Staat von innovativen Unternehmen profitiert

Eines der innovativsten Unternehmen Europas zeigt, wie vieles miteinander zusammenhängt. Das polemische Mantra «Die Gewinne privat und die Verluste dem Staat» aus der linken Mottenkiste bezeichne ich mal mit Blick auf Biontech als veraltet. Nachdem der Hersteller des Covid-19-Impfstoffs Comirnaty, der von Pfizer vertrieben wird, im ersten Halbjahr 2021 einen Nachsteuergewinn von 3,9 Milliarden Euro ausgewiesen hat, interessieren sich immer mehr für die zugrundeliegende Geschichte.

Diese begann vor 13 Jahren in Mainz, als drei Mediziner, darunter das Ehepaar Ugur Sahin und Özlem Türeci, Biontech gründeten. Im Grunde genommen schon früher, denn Ugur Sahin reichte 2005 beim deutschen Patentamt einen Antrag auf Schutz für ein damals noch revolutionär anmutendes Verfahren

(mRNA-Technologie) für die Krebsbehandlung ein. Er war von seinem Weg derart besessen, dass er nach seiner Vermählung gleichentags wieder ins Labor zurückkehrte und weiterforschte.

Vielleicht muss die Geschichte noch früher einsetzen, denn Ugur kam als türkisches Kleinkind mit seinen Eltern nach Deutschland. Immigration führt nicht einfach zu Problemen. Sie führt einer Volkswirtschaft neue Talente und frische Kräfte zu, vor allem in der zweiten und dritten Generation. Ein alternes Land ist besonders stark darauf angewiesen. Jedes zweite Start-up in den USA wird von Migranten gegründet und ihr Beitrag zur Wettbewerbsfähigkeit ist überragend.

Finanziert wurde das Jungunternehmen Biontech im Wesentlichen von privater Seite. 150 Millionen Euro

steuerten die Pharma-Unternehmer Andreas und Thomas Strüngmann bei. Sie verkauften ihre Firma nach 20 erfolgreichen Jahren an Novartis und investierten die Verkaufserlöse in Jungunternehmen. Weiteres Kapital kam vom Gründerhepaar selbst. Dieses hatte 2001 bereits Ganymed gegründet, um gegen Speiseröhren- und Magenkrebs wirksam zu forschen, und konnte die Firma 2016 für einen dreistelligen Millionenbetrag an einen japanischen Konzern verkaufen. Im Sommer 2019 sammelte Biontech rund 275 Millionen Euro von zusätzlichen privaten Kapitalgebern ein, und durch den Börsengang im Herbst 2019 gab es weitere 120 Millionen Euro. Durch Kooperationen mit Pharmakonzernen wie Sanofi und Eli Lilly kamen noch mehr dazu, denn es brauchte enorme Summen, um die Impfstoffherstellung voranzutreiben und das Novartis-Impf-

stoffwerk in Marburg zu übernehmen. Zudem wuchs die Belegschaft bis Ende 2019 auf 1300 Mitarbeiter heran.

Der Staat dagegen zeigte sich knausrig. In den Jahren 2007 bis 2013 wurde über das Forschungsförderprogramm eine Summe von 2,9 Millionen Euro an das Unternehmen überwiesen, weitere 1,2 Millionen an die Universität Mainz, wo Sahin lehrte und forschte. Inzwischen hat Biontech alle Fördersummen zurückgezahlt. Nebst dem Halbjahres-Gewinn von 3,9 Milliarden Euro flossen in den ersten sechs Monaten dieses Jahres 1,75 Milliarden Euro als Steuern an den Staat. Der Anteil an staatlicher Unterstützung war minimal, der Profit des Staates maximal. Es kommt aber noch besser. Das Gründerhepaar hat angekündigt, den Gewinn in die Forschung zu investieren, insbesondere soll ein Impfstoff gegen Malaria

entwickelt werden. An der Krankheit sterben jährlich mehr als 400 000 Patienten, ein Grossteil davon Kleinkinder. Zudem will Biontech in Afrika Produktionsstätten für den Impfstoff aufbauen.

Das Beispiel von Biontech gilt auch für die Schweiz. Die Biotech-Branche macht regelmässig mehr Umsatz, investiert mehr in Forschung und zahlt auch ständig mehr Steuern. Aber an der Innovationsfinanzierung mangelt es. Zum Glück gibt es private Initiativen wie beispielsweise die Zuger HBM Healthcare Investments, die sich darauf spezialisiert, junge Hoffnungsträger in der Biotech-Szene in ihrer Wachstumsphase zu begleiten.

Der Bund und die Kantone zeichnen sich dagegen eher durch ihre bescheidene Innovationsförderung aus. Manche kantonale Pensionskassen-Re-

lemente schliessen sogar explizit aus, dass man in innovative Unternehmen investieren darf. Zugleich macht im selben Kanton der Finanzdirektor die hohle Hand, wenn es um die Abschöpfung der Gewinnsteuern dieser Unternehmen geht. Das ist mir zu einseitig. Wir haben zwei Hände, zum Geben und zum Nehmen: Die faire Balance bringt uns weiter. Und natürlich die Förderung der wirklich innovativen Menschen und Unternehmen.



Maurice Pedernana
Professor für Banking und Finance an der Hochschule Luzern und Studienleiter am Institut für Finanzdienstleistungen Zug (IFZ).